

Stellungnahme zur der D el gation aus Guinea in der zentralen Ausländerbehörde in Essen

Laut Informationen, die wir von den Asylbewerbern aus Guinea erhalten haben, Sollen ab dem 19.08.19 eine Delegation aus Guinea in der Ausländerbehörde in Essen zur „Identitätsfeststellung“ und Ausstellung von Passersatzpapieren vorgeführt werden, um so ihre Abschiebung zu ermöglichen. In „Einladungen“ für Flüchtlinge zu dieser Vorführung ist die Rede davon, dass sie „Botschaftsangeh rigen“ vorgestellt werden sollen. Es handelt sich jedoch keineswegs um Vertreter der Botschaft Guineas, sondern um eine ‚dubiose‘ Delegation, die sich bei ähnlichen Anhörungen der vergangenen Jahren weigerte, sich vorzustellen, und Rechtsanwälten, die Flüchtlinge vertraten, Redeverbot erteilte. Die guineische Botschaft distanzierte sich damals von den Vorführungen.

„Das Verwaltungsgericht Bremen urteilte am 03.01.06 in einer leider erst nachträglich ergangenen Entscheidung, dass der „Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes“ eines Flüchtlings „ohne Eintritt des erledigten Ereignisses voraussichtlich erfolgreich gewesen“ wäre. Weiterhin zog es die Rechtm Bigkeit einer „Anordnung des Erscheinens vor Vertretern des Heimatstaates außerhalb einer Auslandsvertretung, d.h. außerhalb einer Botschaft oder eines Konsulats“ in Zweifel. Es sei „ungeklärt geblieben, welchen Personen der Antragsteller hier vorgestellt werden sollte, und ob und in wie weit es sich hier um autorisierte Vertreter des Staates Guinea handelte.“ (AZ 4 V 2731/05) “

Entgegen der Aussage der jetzigen guineischen Regierung , Guinea ist kein “sicheres Land’ und bleibt somit ‚eine Gefährdung’ für dorthin abgeschobene Flüchtlinge. Es gibt dort nämlich „gravierende Defizite“ bei der „Menschenrechtslage“. Es gibt seit Jahren gravierende Rückschritte im Demokratisierungsprozess wie „fehlende Unabhängigkeit der Justiz, Straflosigkeit für Menschenrechts bergriffe staatlicher Stellen, willkürliche Verhaftungen, Folter, Behinderungen der Oppositionsparteien, Unterdrückung der Pressefreiheit, ...“ zu beobachten. Berichte über willkürliche Übergriffe gegen Zivilisten und Demonstrationen, ethnische Auseinandersetzungen oder exzessive Gewaltanwendung von Sicherheitskräften sind alarmierend. Straflosigkeit für die jeweiligen Täter ist weit verbreitet.

Situationen wie diese sind leider keine Seltenheit mehr in Guinea. Es kommt immer wieder zu schweren Zusammenstößen. Es geht um freie Wahlen, neue Perspektiven und um Demokratie.

Bei Demonstrationen sind seit 2010 landesweit zahlreiche Menschen ums Leben gekommen. So gab es z.B. Menschenrechtsverletzungen während Demonstrationen in Zogota im Jahr 2012 und in der Ortschaft Womey im Jahr

2014. Die diesbezüglich eingeleiteten strafrechtlichen Verfahren sind bis heute erfolglos geblieben.

Bei gewaltsamen Protesten gegen die schlechten Lebensbedingungen in der Region Boké setzten die Sicherheitskräfte im April, Mai und September 2017 scharfe Munition ein. Mindestens vier Menschen starben durch Schussverletzungen – viele mehr wurden verletzt.

Im August 2017 wurden in Dar-Es-Salam, einem Stadtteil von Conakry, mindestens zehn Menschen, unter ihnen zwei Kinder, von rutschenden Müllbergen begraben und getötet.

Bei Demonstrationen in der Hauptstadt Conakry, die als Pulverfass gilt, wurden seit 2010 mindestens 101 Menschen getötet, viele weitere wurden verletzt.

Die für ihre Gewaltbereitschaft bekannten Sicherheitskräfte gehen seit 2010 massiv gegen Zivilisten vor. Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte verstößt gegen rechtsstaatliche Prinzipien und die Menschenrechte der Verfolgten.

Mehrere Menschenrechtsorganisationen (FIDH, OGDH, Human Rights Watch, Amnesty International), zivile gesellschaftliche Gruppierungen und diplomatischen Vertretungen in Guinea warnen angesichts der aktuellen chaotischen Lage vor einer weiteren Eskalation.

Die Wahl des jetzigen Präsidenten im November 2010 sollte nach 49 Jahren autoritärer Herrschaft eine neue demokratische Ära einleiten. Stattdessen erleben wir eine Ethnisierung der Politik, die Missachtung von Menschenrechten und der Verfassung, Volksverhetzung und Exklusion.

Außerdem wird das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte seit der Machtübernahme von Condé weiterhin geduldet und demzufolge nicht bestraft und seine Regierung habe sich bereits erklärt die Verfassung ändern zu wollen, damit er sich an der Macht verewigen kann.

Daher protestieren wir gegen die Einladung der Delegation aus Guinea, und fordern Sie auf, die Praxis solcher Vorführungen sofort zu beenden. Weiterhin unterstützen wir die Forderung nach einer Beendigung der Abschiebungen nach Guinea und für einen sicheren Aufenthaltsstatus.

Balde Aissatou Cherif

1.Vorstandsvorsitzende

Guinée-Solidaire-Organisation e. V in Hamburg

Dorfstraße 1 in 21514 witzeze bei Balde